

Sehr geehrter Herr Aigner,
lieber HOSI-Vorstand,
lieber Mitglieder der HOSI Tirol,

ich freue mich über Ihr Interesse an der Gemeinderatswahl 2012 und hoffe, einige Fragen per Mail beantworten zu können.

Ich bin mir der Diskriminierungen, mit denen sich Lesben, Schwule, Bisexuelle und TransX-Personen alltäglich konfrontiert sehen, bewusst. Diese zu beseitigen ist eines von vielen Anliegen, welche mir am Herzen liegen. Die vielen lesbisch-schwulen Aktiven bei den Grünen, bei Grüne Andersrum oder offen lesbische oder schwule MandatarInnen, wie beispielsweise Gebi Mair im Tiroler Landtag, Lisa Rücker als Grazer Vizebürgermeisterin oder Marco Schreuder als Bundesrat weisen uns zu Recht immer wieder darauf hin. Bei der Innsbrucker Gemeinderatswahl kandidiert mit Thomas Lechleitner ebenfalls ein offen schwuler Kandidat auf unserer Liste.

Die Frage, die wir und bei Bestrebungen zu diesem Thema stellen, darf nicht lauten „Welche Rechte haben Heterosexuelle, welche Rechte haben Homosexuelle und wie nähern wir uns schrittweise einander an?“. Das eigentliche Ziel ist so klar wie selbstverständlich, die gleichen Rechte für alle Menschen, unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, Sexualität, etc. Zwangsheteronormativität aufheben, das ist das große Ziel dahinter. Da nützt es auch nichts, wenn unsere Gesellschaft liberal scheinen will ohne es zu sein.

Zu den Fragen im Einzelnen:

- **„Eintragung auf den Bezirkshauptmannschaften statt bei den Standesämtern (Innsbruck ist in diesem Fall eine positive Ausnahme)“**

Innsbruck mag eine Ausnahme sein, darf aber keine Ausnahme bleiben. Wobei es auch in Innsbruck bekanntlich immer noch schwierig ist, den Trausaal im Goldenen Dachl für die eingetragene Partnerschaft zu erhalten. Das ist für uns Grüne natürlich eine Selbstverständlichkeit. Wir wünschen uns aber insgesamt eine eingetragene PartnerInnenschaft, die kein Sondergesetz für gleichgeschlechtliche Paare ist, sondern ein modernes Rechtsinstitut für alle.

- **„Eigene Kategorie im Namensrecht „der Familienname darf nicht mehr so genannt werden sondern wird zum Nachnamen – daraus folgen im Übrigen diverse Unklarheiten nach Auflösung der Partnerschaft bzw. bei Kindern aus einer früheren Partnerschaft“**

Das durch gegebenes Namensrecht entstehende „Zwangsoouting“ bei Behörden etc. bedeutet eine Verletzung des Rechts auf den Schutz der Privatsphäre. Wir haben im Nationalrat versucht, dieses Zwangsoouting zu verhindern, haben aber leider keine UnterstützerInnen bei anderen Parteien für dieses Anliegen gefunden.

- **„Verbot von Stiefkindadoption, Fremdkindadoption, medizinisch unterstützter**

Fortpflanzung...“

Absolut inakzeptabel. Mit Anträgen im Nationalrat, aber auch im Tiroler Landtag haben wir versucht, die Diskriminierung zu beenden. Leider wollten die anderen Parteien dieses gerechte Anliegen aber nicht unterstützen. Das gilt sowohl für die Stiefkind- wie auch die Fremdkindadoption und die medizinisch unterstützte Fortpflanzung.

- Keine Übergangsbestimmungen im Pensionsrecht

Das Pensionsrecht ist nicht die einzige rechtliche Ungleichheit, die nach dem Gesetz über die eingetragene PartnerInnenschaft besteht. Insbesondere im Beamtendienstrecht gibt es in Tirol noch große Ungleichheiten, beispielsweise bei der Frage der Pflegekarenz. Das Dienstrecht in der Privatwirtschaft sieht nicht viel besser aus. Wir Grüne stehen selbstverständlich dafür ein, dass ungerechtfertigte Benachteiligungen bekämpft werden.

- Wären Sie bereit beim CSD in Innsbruck eine Ansprache zu halten...

Ja natürlich würde mich das freuen, so wie bereits andere Grüne MandatarInnen, etwa Gebi Mair oder Uschi Schwarzl auf Innlove und CSD Innsbruck gesprochen haben.

- „Glauben Sie, dass ein Spitzenpolitiker der Stadt Innsbruck, durch einen öffentlichen Auftritt homophobes Verhalten in der Gesellschaft reduzieren kann“

Wir können Beiträge leisten. Der Kampf gegen Homophobie ist eine Frage, die alle PolitikerInnen beschäftigen muss. Wir Grüne leisten in unserem täglichen Handeln unseren Beitrag dazu, und unsere offen lesbischen und schwulen AktivistInnen und MandatarInnen sind GarantInnen dafür, dass auch Heterosexuelle wie ich diese Frage ernst nehmen. Sowohl im Innsbrucker Gemeinderat wie auch im Tiroler Landtag haben wir bereits Kampagnen gegen Homophobie beantragt, aber keine Mehrheiten gefunden.

- Welche anderen Möglichkeiten sehen Sie in Ihrer Funktion als Bürgermeisterin der Homophobie entgegenzusetzen.

Sowohl im Innsbrucker Gemeinderat wie auch im Tiroler Landtag haben wir bereits Kampagnen gegen Homophobie beantragt. Auch wenn sie keine Mehrheiten gefunden haben – wir bleiben dennoch dabei. Wir stehen außerdem für einen konsequenten Ausbau der Antidiskriminierungsstellen, die derzeit massiv unterbesetzt sind. Andere Städte sind Innsbruck einiges voraus: von Sensibilisierungskampagnen für Pflegepersonal in Seniorenheimen angefangen über Unterstützungsprojekte für Jugendliche, die nach dem Coming Out ihre Wohnmöglichkeit bei der Familie verlieren. Innsbruck ist leider eben auch manchmal noch eine ignorante Stadt.

Als Person möchte ich außerdem zu lesbisch-schwuler Sichtbarkeit beitragen – nicht nur mit unseren KandidatInnen, sondern ich werde auch selbst, im Wahlkampf und danach selbstverständlich auf lesbisch-schwulen Szeveranstaltungen wie der Land of Oz oder der Queerattack präsent sein, wenn Sie damit einverstanden sind und es von Ihrer Seite gewünscht wird.

Ich hoffe, einige Fragen damit beantwortet zu haben und stehe für Diskussionen, auch gemeinsam mit den offen lesbischen und schwulen KandidatInnen, AktivistInnen und MandatarInnen jederzeit zur Verfügung und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Stadträtin Mag.a Sonja Pitscheider

www.sonjapitscheider.at